AMTSBLATT

DER BUNDESSTADT BONN

46. Jahrgang

21. Mai 2014

Nummer 23

Inhalt	Seite
11. Änderung zur Verbandssatzung des Zweckverbandes „KDN Dachverband kommunaler IT-Dienstleister“ vom 22. April 2014	685
Öffentliche Zustellung nach § 10 des Landeszustellungsgesetzes NRW vom 07.03.2006 (GV NRW. S. 94 / SGV NRW 2010) in der zurzeit gültigen Fassung	685
- Zustellung eines Bescheides Kassen- und Steueramt	
Bekanntmachung des Planfeststellungsverfahrens gemäß § 68 WHG für das Projekt „Gewässerentwicklung der Siegmündung“	686
Bekanntmachung der gemeinsamen Sitzung des Stadtwahl- und des Kommunalwahlausschusses zur Feststellung des amtlichen Endergebnisses der Wahlen am 25.05.2014	689

11. Änderung zur Verbandssatzung des Zweckverbandes „KDN Dachverband kommunaler IT-Dienstleister“ vom 22. April 2014

Die Bezirksregierung Köln hat die vorgenannte Änderungsatzung genehmigt und im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln Nr. 18/2014 vom 05. Mai 2014, S. 161 f, öffentlich bekannt gemacht.

Bonn, den 08. Mai 2014

gez.
Fuchs
Beigeordneter

Öffentliche Zustellung nach § 10 des Landeszustellungsgesetzes NRW vom 07.03.2006 (GV NRW. S. 94/SGV NRW 2010) in der zurzeit gültigen Fassung

Der Bescheid über den Gewerbesteuermessbetrag für 2011 des Finanzamtes Bonn-Innenstadt vom 12.05.2014 und der Gewerbesteuer- und Zinsbescheid der Bundesstadt Bonn vom 12.05.2014 für die Firma **Novum Immobilien GmbH**, vertreten durch den Geschäftsführer Leone Cicirello, früher wohnhaft in Weiler Hohenholz 2, 50181 Bedburg, jetzt unbekanntes Aufenthaltes, liegen zur Abholung durch den Empfänger oder eines Bevollmächtigten während der Dienststunden im Kassen- und Steueramt im Stadthaus, Berliner Platz 2, 53111 Bonn, Etage 14 A bereit.

Durch die Bekanntmachung dieser Benachrichtigung gilt der genannte Bescheid als zugestellt und die Fristen für den Rechtsbehelf beginnen zu laufen. Nach Ablauf der Rechtsbehelfsfristen können Rechtsverluste drohen.

Bonn, den 12.05.2014

Der Oberbürgermeister

Im Auftrag
gez. Tempel

B e k a n n t m a c h u n g

Planfeststellungsverfahren gem. § 68 WHG für das Projekt „Gewässerentwicklung der Siegmündung“

Die Bezirksregierung Köln – Projekt Siegmündung – hat die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens mit der gleichzeitigen Feststellung der enteignungsrechtlichen Vorwirkung des Planfeststellungsbeschlusses beantragt.

Geplant ist im Rahmen des Länderprogramms „Lebendige Gewässer“ die Renaturierung der Sieg und ihrer Aue. Der Planungsraum erstreckt sich von der Autobahnbrücke der A 59 bis zur Mündung in den Rhein und umfasst die dortige Fläche zwischen den Deichen. Betroffen von der Maßnahme sind Flächen auf dem Gebiet der Stadt Bonn, der Stadt Sankt Augustin, der Stadt Niederkassel und der Stadt Troisdorf.

Auf einer Länge von insgesamt ca. 9.985 m wird die Böschungsbefestigung entfernt. Das entnommene Material wird entweder im direkten Umfeld als Strömungslenker auf der Gewässersohle eingebracht oder im Gewässerumfeld als Depot verbracht, so dass der Baustellenverkehr minimiert wird. Oberhalb der Mündung der Sieg in den Rhein wird der aktuelle Lauf der Sieg durch eine ca. 750 m lange und bis zu 60 m breite Rinne rechtsseitig aufgeweitet.

Das Vorhaben ist gem. § 68 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz -WHG-) vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) - in der jetzt gültigen Fassung - planfeststellungspflichtig. Der Plan (Zeichnungen und Erläuterungen), aus dem sich Art und Umfang des Vorhabens ergeben, liegt gem. § 70 Abs. 1 WHG i.V. m. § 73 Abs. 3 bis 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102) – in der jetzt gültigen Fassung - in der Zeit

vom **02.06.2014** bis **01.07.2014** einschließlich

beim Kataster- und Vermessungsamt der Stadtverwaltung Bonn, Berliner Platz 2, 53111 Bonn, Etage 7 C während der Dienststunden

montags und donnerstags 08.00-18.00 Uhr
dienstags, mittwochs und freitags 08.00-13.00 Uhr

zur allgemeinen Einsichtnahme aus.

Gleichzeitig wird diese Bekanntmachung gem. § 27 a VwVfG auf der Internetseite der Stadt Bonn unter www.bonn.de/@bauleitplanung veröffentlicht. Dabei wird auf die Internetseite der Bezirksregierung Köln zu den Planunterlagen verlinkt. Maßgeblich ist der Inhalt der zur Einsicht ausliegenden Unterlagen.

Für das Vorhaben wird nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94) i. V. mit dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Landes Nordrhein-Westfalen (UVPG NRW) vom 29.04.1992 (GV. NRW. S. 175) – in der jeweils gültigen Fassung - eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt. Der Antragsteller hat hierzu gem. § 6 UVPG eine Umweltverträglichkeitsstudie vorgelegt. Die Entscheidung über die Zulässigkeit des Verfahrens erfolgt im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens unter Berücksichtigung der Bewertung der bei der Umweltverträglichkeitsprüfung festgestellten Umweltauswirkungen des Vorhabens. Durch die Offenlage des Plans erfolgt gleichzeitig die Anhörung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Bauvorhabens nach § 9 Abs. 1 UVPG.

Weitere Informationen sowie Äußerungen und Fragen zum Verfahren können bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei der für das Verfahren zuständigen Bezirksregierung Köln angefordert bzw. eingereicht werden. Es wird darauf hingewiesen, dass die Einwendungsfrist von dem Zeitpunkt der Übermittlung angeforderter Informationen bzw. Beantwortung gestellter Fragen unberührt bleibt.

Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann bis spätestens **zwei** Wochen nach dem Ende der Auslegungsfrist, d.h. bis einschließlich **15.07.2014**, schriftlich oder zur Niederschrift beim Kataster- und Vermessungsamt der Stadtverwaltung Bonn, Berliner Platz 2, 53111 Bonn oder bei der Bezirksregierung Köln, Zeughausstraße 2-10, 50667 Köln, Einwendungen erheben oder Stellungnahmen abgeben. Mit dem Ablauf der Einwendungsfrist sind gem. § 70 Abs. 1 WHG i. V. m. § 73 Abs. 4 VwVfG alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Vereinigungen nach § 73 Abs. 4 Satz 5 VwVfG, die auf Grund einer Anerkennung nach

anderen Rechtsvorschriften befugt sind, Rechtsbehelfe nach der Verwaltungsgerichtsordnung gegen die Entscheidung nach § 74 VwVfG einzulegen, können innerhalb der v. g. Frist Stellungnahmen zu dem Plan abgeben.

Die Erhebung einer fristgerechten Einwendung setzt voraus, dass aus der Einwendung oder der Stellungnahme zumindest der geltend gemachte Belang und die Art der Beeinträchtigung hervorgehen, die Einwendung unterschrieben und mit einem lesbaren Namen und Anschrift versehen ist. Einwendungen ohne diesen Mindestgehalt sind unbeachtlich.

Nach Ablauf der Einwendungsfrist sind die rechtzeitig gegen den Plan erhobenen Einwendungen, die rechtzeitig abgegebenen Stellungnahmen von Vereinigungen sowie die Stellungnahmen der Behörden zu dem Plan mit dem Träger des Vorhabens, den Behörden, den Betroffenen sowie denjenigen, die Einwendungen erhoben oder Stellungnahmen abgegeben haben, zu erörtern.

Der Erörterungstermin wird mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt gemacht. Der Träger des Vorhabens, die Behörden und diejenigen, die Einwendungen erhoben bzw. Stellungnahmen abgegeben haben, werden von dem Erörterungstermin benachrichtigt. Sind außer der Benachrichtigung des Trägers des Vorhabens und der Behörden mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können diese Benachrichtigungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden. Ebenso kann die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind. Bei Ausbleiben eines Beteiligten kann auch ohne ihn verhandelt werden.

Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendungen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.

Bonn, den 05.05.2014

In Vertretung

Werner Wingefeld

Stadtbaurat

B e k a n n t m a c h u n g

der gemeinsamen Sitzung des Stadtwahlausschusses und des Kommunalwahlausschusses
zur Feststellung des amtlichen Endergebnisses der Wahlen am 25.05.2014

am

Mittwoch, dem 28.05..2014, 16.00 Uhr
im Stadthaus Bonn, Berliner Platz 2, Sitzungsraum I

T a g e s o r d n u n g

- 1 Öffentliche Sitzung
 - 1.1 Anerkennung der Tagesordnung
 - 1.2 Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses der Europawahl 2014 in der Stadt Bonn gemäß § 18 Absatz 2 des Europawahlgesetzes in Verbindung mit § 69 der Europawahlordnung
 - 1.3 Feststellung des amtlichen Endergebnisses der Wahl des Rates und der Bezirksvertretungen 2014 gemäß § 34 Kommunalwahlgesetz in Verbindung mit § 61 Kommunalwahlordnung
 - 1.4 Feststellung des amtlichen Endergebnisses der Integrationsratswahl 2014 gemäß § 11 der Wahlordnung der Stadt Bonn für den Integrationsrat in Verbindung mit § 34 Kommunalwahlgesetz und § 61 Kommunalwahlordnung.

Die Wahlausschüsse sind ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Beisitzerinnen und Beisitzer gemäß § 5 Absatz 1 der Europawahlordnung und § 2 Absatz 3 des Kommunalwahlgesetzes beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich.

gez.
Prof. Dr. Sander
Wahlleiter